

Chronologie

September / Oktober 2005*

September

1.9. Premierminister *Dominique de Villepin* stellt auf einer Pressekonferenz einen Plan zum „sozialen Wachstum“ vor, der zahlreiche Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen vorsieht. Ziel sei es, den Impuls für ein Wachstum zu geben, von dem jeder Bürger profitiere, das die Kaufkraft erhöhe und Arbeitsplätze schaffe. Zu den Maßnahmen, welche die Zeit bis zum Jahr 2007 abdecken, gehört die Vereinfachung und Senkung der Einkommensteuer, die vor allem der Mittelschicht zugute kommen soll. Die „Arbeitsprämie“, die diejenigen Arbeitslosen erhalten, die ein gering entlohntes Arbeitsverhältnis eingehen, soll erhöht und die Zielgruppe erweitert werden. Ferner sollen zehn Milliarden Euro aus den Erlösen der geplanten Privatisierung der Autobahnen in neue Infrastrukturprojekte investiert werden.

2.9. Wenige Tage nach der Ankündigung von Innenminister *Nicolas Sarkozy*, härter gegen illegale Hausbesetzungen vorzugehen, werden in Paris zwei von obdachlosen Einwanderern aus Mali und der Elfenbeinküste seit Jahren besetzte Häuser von der Polizei geräumt. Gegen die Räumungen protestieren unter anderem Menschenrechtsbewegungen und der stellvertretende Bürgermeister von Paris, *Denis Baupin* (Les Verts), der feststellt, dass die Aktion „nicht ohne Zufall“ am selben Tag stattfindet, an dem auch die Sommeruniversität der Regierungspartei UMP beginne.

2.9. Staatspräsident *Jacques Chirac* wird nach offiziellen Angaben mit Durchblutungsstörungen in ein Pariser Krankenhaus eingeliefert und stationär behandelt. Ein für den 6. September vorgesehenes Treffen mit Bundeskanzler *Schröder* wird verschoben.

4.9. Auf der Sommeruniversität der UMP erklärt deren Vorsitzender, Innenminister *Sarkozy*, „nichts, wirklich nichts, niemand, wirklich niemand“ werde verhindern, dass er seinen Weg bis zu Ende gehen und 2007 auf dem Höhepunkt sein werde. Die UMP werde in wirtschaftlichen und steuerlichen Fragen im Jahr 2007 ambitionierter auftreten als die Regierung. Keinesfalls dürfe die politische Krise der vergangenen drei Jahre heruntergespielt werden.

6.9. Bildungsminister *Gilles de Robien* besucht in der ersten Schulwoche nach den Sommerferien eine private katholische Schule. Aus Rücksicht auf die einflussreichen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten seine Vorgänger den Besuch von Privatschulen 15 Jahre lang vermieden. Die katholischen Schulen fordern, dass die Anzahl der Lehrerstellen nach dem Schüleraufkommen sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten Schulen berechnet wird. Gegenwärtig wird ausschließlich die Schülerzahl der staatlichen Schulen zugrunde gelegt. In Frankreich unterliegen die Lehrer der Privatschulen dem öffentlichen Recht. In den letzten drei Jahren haben die katholischen Schulen eine stetig wachsende Nachfrage verzeichnet und zehntausende von Aufnahmeanträgen wegen fehlender Lehrkräfte abgelehnt.

6.9. Der Aufsichtsrat der weltweit viertgrößten Hotelkette *Accor* beschließt, die Amtszeit des Präsidenten der Gruppe, *Jean-Marc Espalioux*, nicht über den 1. Januar 2006 hinaus zu verlängern. Zwar war der Börsenwert des Unternehmens in den letzten zweieinhalb Jahren um 50 Prozent gestiegen. Doch hatten die direkten Konkurrenten von *Accor* im selben Zeitraum Zuwächse von durchschnittlich 90 Prozent verzeichnet. Zu den Kandi-

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

daten für die Nachfolge von Espalioux zählen die Präsidenten von Bouygues Télécom, Gilles Pélisson, und des Club Méditerranée, Henri Giscard d'Estaing.

7.9. An der Stelle des erkrankten Staatspräsidenten Chirac übernimmt Premierminister de Villepin den Vorsitz im Conseil des ministres. Während der Sitzung kommt es zu einer direkten Auseinandersetzung mit seinem Konkurrenten um die Präsidentschaftskandidatur, Innenminister Sarkozy, über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei.

8.9. Die Zeitung „Le Figaro“ veröffentlicht Auszüge eines Berichts des Rechnungshofes über den Zustand der universitären Forschung in Frankreich. Darin wird festgestellt, dass die Diskrepanz zwischen den aufgewendeten Mitteln und den erzielten Ergebnissen vor allem in den „Schwächen des Verwaltungsmodells der öffentlichen französischen Forschung“ begründet liege. Neben einer stärkeren Zentralisierung der Forschungsplanung und -verwaltung beim Forschungsministerium wird in dem Bericht unter anderem eine größere Unabhängigkeit der Universitäten beim Personalmanagement empfohlen.

8.9. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie reist nach Korsika, um den dort stationierten Einheiten der Gendarmerie einen Besuch abzustatten. Als Reaktion auf vermehrte Anschläge korsischer Separatisten gegen öffentliche Gebäude und vor allem militärische Einrichtungen auf der Insel waren in den vergangenen Monaten umfassende zusätzliche Sicherungsmaßnahmen an Kasernen und anderen militärischen Einrichtungen vorgenommen worden. Der Besuch Alliot-Maries wird außerdem als Versuch der Chirac-Anhänger in der Regierung bewertet, die Korsikapolitik nicht ausschließlich Innenminister Sarkozy zu überlassen.

9.9. In einem Interview für die Zeitung „La Tribune“ erklärt der für Wirtschafts- und Währungspolitik zuständige EU-Kommissar Joaquín Almunia, Frankreich müsse im Jahr 2006 noch stärkere Anstrengungen als zuvor unternehmen, um sein öffentliches Defizit unter der Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu halten. Im laufenden Jahr wird es Frankreich erstmals seit drei Jahren voraussichtlich wieder gelingen, die Drei-Prozent-Grenze des Stabilitätspaktes einzuhalten.

9.9. Staatspräsident Chirac verlässt nach einwöchigem Aufenthalt das Militärkrankenhaus Val-de-Grâce, in das er wegen eines Gefäßdefekts im Gehirn eingeliefert worden war. Chirac darf sechs Wochen keine Flugreisen unternehmen und verzichtet deswegen auf die

Reise zur Generalversammlung der Vereinten Nationen. Nachdem er bereits die Sitzung des Conseil des ministres am 7. September geleitet hatte, wird Premierminister de Villepin den Staatspräsidenten in New York ein zweites Mal vertreten.

10.9. Entwicklungshilfeministerin Brigitte Girardin teilt nach ihrer Rückkehr von einer Reise nach Haiti mit, dass Frankreich seine finanzielle Unterstützung für das Land über die jährlich bereit gestellten 36 Millionen Euro hinaus erhöhen werde. Hintergrund dieser Zusage sind die Bemühungen, die Befriedung des Landes vor den Parlamentswahlen am 20. November zu konsolidieren.

11.9. Laurent Fabius, der erstmals an der von den französischen Kommunisten veranstalteten „Fête de l'Humanité“ teilnimmt, wird bei seiner Ankunft mit heftigen Protesten und Eierwürfen empfangen. In seiner Rede setzt sich Fabius für den „Dialog und die Vereinigung der linken Kräfte“ ein. Die offiziellen Vertreter des Parti socialiste bei der Veranstaltung, Daniel Vaillant und Bruno Le Roux, meiden ein Zusammentreffen mit Fabius.

12.9. Die Zeitung „Le Figaro“ zitiert aus einem Bericht des Rechnungshofs, in dem die Betriebsräte der staatlichen Energieunternehmen EDF und GDF schwer belastet werden. So habe die den Betriebsräten unterstellte Sozialkasse Caisse centrale des activités sociales (CCAS) die von der Kommunistischen Partei Frankreichs organisierte „Fête de l'Humanité“ mitfinanziert, Demonstrationen der so genannten „intermittents du spectacle“ (Honorarangestellte im Kulturbereich) unterstützt und Gewerkschaften der Energiebranche verdeckte Subventionen zukommen lassen. Ein zu nachlässiges und von ideologischen Grundsätzen bestimmtes Management habe in verschiedenen Tätigkeitsbereichen der CCAS zu Verlusten geführt.

12.9. Die Gewerkschaftsvertreter der französischen Niederlassungen des US-Informatikkonzerns Hewlett-Packard (HP) werden von der Geschäftsführung darüber informiert, dass das Unternehmen ein Viertel der 4 800 Arbeitsplätze in Frankreich abbauen will. Der Arbeitsplatzabbau ist Teil eines umfassenden Sozialplans von HP, von dem in ganz Europa 6 000 Arbeitsplätze betroffen sein werden.

13.9. In der Regierungspartei UMP werden sich vier Kandidaten an den parteiinternen Vorwahlen für die Ernennung des UMP-Kandidaten für die Pariser Bürgermeisterwahlen im Februar/März 2006 beteiligen. Neben Claude Goasguen (UMP-Fraktionsvorsitzender im Pariser Stadtparlament seit 2002), Pierre Lellouche (Abgeordneter in der Nationalversammlung) und Françoise de Pa-

naftiu (Bürgermeisterin im 17. Arrondissement) hat auch Jean Tiberi (ehemaliger Bürgermeister von Paris) die notwendige Anzahl von Unterschriften in der Pariser Partei sammeln können.

13.9. Nach Regierungsangaben hat die französischen Außenhandelsbilanz im Juli ein neues Rekorddefizit verzeichnet. Für das Defizit in Höhe von 2 669 Milliarden Euro wird unter anderem der hohe Ölpreis verantwortlich gemacht.

14.9. Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton und Haushaltsminister Jean-François Copé präzisieren die Pläne der Regierung zur Reform der Einkommensteuer. Danach wird es künftig fünf (statt wie bisher sieben) Besteuerungsstufen geben. Einkommen, die unter 5 514 Euro liegen, werden steuerfrei bleiben, der Spitzensteuersatz wird 40 Prozent betragen und damit knapp unter dem deutschen (42 Prozent) bleiben. Die neuen Steuersätze sollen erstmals 2007 für die Einkommen des Jahres 2006 angewendet werden. Sie bedeuten einen Einnahmeverlust des Staates von 3,5 Milliarden Euro.

14.9. Der achte Kongress der französischen Vereinigung für Politikwissenschaft (AFSP) wird in Lyon eröffnet. Ein wichtiges Merkmal des Kongresses ist seine Öffnung für nichtfranzösische Referenten und Themen der internationalen Politik. 20 Prozent der Vortragenden kommen aus dem Ausland. Insgesamt ist die politikwissenschaftliche Landschaft in Frankreich weiterhin stark zentralisiert: 58 Prozent der Doktorarbeiten werden an Pariser Einrichtungen geschrieben.

14.9. Nach Angaben des französischen Verteidigungsministeriums wird Frankreich seine militärischen Stützpunkte in Afrika von derzeit fünf auf künftig drei auf dem afrikanischen Kontinent und einen weiteren auf der Insel Réunion reduzieren. Damit zieht die Regierung die Konsequenzen aus ihrer neuen afrikapolitischen Doktrin, die statt eigener Interventionen in der Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit mit regionalen afrikanischen Organisationen vorsieht.

15./16.9. Premierminister de Villepin vertritt Staatspräsident Chirac bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Zwar scheitert eine umfassende Reform der UNO, doch werden andere wichtige Projekte verabschiedet, zu denen auch der französische Vorschlag einer Flugticketsteuer gehört, mit der unter anderem der Kampf gegen Aids vorangetrieben werden soll. Zuvor war der Sicherheitsrat am Abend des 14. November zum dritten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs zusammengetreten, was der Anwesenheit des

französischen Premierministers zusätzliche Bedeutung verliehen hatte.

17.9. Die Zusammenkunft des Conseil national des Parti socialiste endet mit dem Ergebnis, dass auf dem Parteikongress in Le Mans im November Anträge von drei wesentlichen Gruppierungen zur künftigen Politik der Sozialisten zur Abstimmung gestellt werden: von der Gruppe um Parteichef François Hollande, von derjenigen um Laurent Fabius sowie von der Gruppe des „Nouveau Parti socialiste“ (NPS) um Arnaud Montebourg, die zudem vom ehemaligen Parteichef Henri Emmanuelli unterstützt werden wird.

18.9. Bei den Nachwahlen zum Senat erringen der ehemalige Premierminister Jean-Pierre Raffarin sowie der ehemalige Bildungsminister François Fillon Sitze in der zweiten französischen Kammer.

19.-21.9. Der Premierminister von Kambodscha, Hun Sen, hält sich zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Staatspräsident Chirac sagt Kambodscha unter anderem finanzielle Unterstützung im Umfang von 3,2 Millionen Dollar für die Durchführung der anstehenden Prozesse gegen die Roten Khmer zu. Diese hatten während ihrer Herrschaft von 1975 bis 1978 1,7 Millionen Kambodschaner ermordet.

20.9. Frankreich verhindert eine Verordnung der Europäischen Union, die die Sardellenfischerei im Golf von Gascogne zumindest für eine Übergangszeit verbieten will. Der Bestand der Tiere hat in diesem Gebiet erheblich abgenommen. Der französische Fischereiminister Dominique Bussereau erklärt dazu, dass sich die Verordnung der Kommission auf einen Standpunkt stütze, der die „politischen und wirtschaftlichen Realitäten“ nicht in Rechnung stelle. Die französische Fischindustrie befinde sich bereits heute in Schwierigkeiten, und es sei „nicht notwendig“, diese Situation noch zu verschlimmern.

22.9. „Le Figaro“ berichtet, die 40 Unternehmen des französischen Börsenindex CAC 40 hätten das erste Halbjahr 2005 mit einem Rekordgewinn von 41 Milliarden Euro abgeschlossen. Als ein wesentlicher Grund für dieses angesichts des hohen Ölpreises überraschende Ergebnis gilt, dass die Mehrzahl dieser Unternehmen nicht dem industriellen Sektor sondern dem Dienstleistungsbereich angehören.

23.9. Premierminister de Villepin ruft die Europäische Kommission auf, angesichts der Entlassungspläne des amerikanischen Informatikkonzerns Hewlett-Packard (HP) tätig zu werden. Es sei normal, dass man versu-

chen müsse, „gemeinsame Lösungen zu finden“, wenn ein EU-Mitgliedstaat sich in Schwierigkeiten befinde. Kommissionspräsident José Emmanuel Barroso weist dagegen darauf hin, dass die Kommission nicht über die entsprechenden Kompetenzen verfüge. Zuvor hatte de Villepin von HP verlangt, die öffentlichen Hilfen zurückzuzahlen, die das Unternehmen im Jahr 1998 in Frankreich erhalten hatte.

26.9. In den Départements Yvelines und Eure werden neun Personen festgenommen, denen die Vorbereitung terroristischer Anschläge vorgeworfen wird. Ziele der geplanten Anschläge seien nach Mitteilung der Sicherheitskräfte der französische Inlandsnachrichtendienst Direction de surveillance du territoire (DST) sowie die Pariser Métro gewesen. Einer der Festgenommenen, Saïf Bourada, war im Jahr 1998 wegen Beteiligung an der Anschlagsserie von 1995 in Paris zu zehn Jahren Haft verurteilt und 2003 freigelassen worden.

27.9. Paris teilt mit, dass es der Europäischen Union die Verantwortung für das Programm „ReCAMP“ (Renforcement des capacités africaines de maintien de la paix) übertragen werde. Durch das Programm, das bis jetzt vom französischen Außenministerium und dem französischen Verteidigungsministerium verantwortet wird, unterstützt Frankreich die Ausbildung, das Training und die Ausrüstung afrikanischer Truppen für Peacekeeping-Einsätze unter UNO-Mandat.

27.9. Die französische Regierung teilt mit, dass die Bilanz der staatlichen Sozialversicherungen für das Jahr 2004 noch einmal nach unten korrigiert werden muss und nunmehr bei einem Rekorddefizit von 11,9 Milliarden Euro liegt. Paris hofft, das Defizit im laufenden Jahr auf diesem Stand halten zu können. Allerdings müsste dafür allein das Defizit der Krankenversicherung um 2,3 auf 8,3 Milliarden Euro gesenkt werden können. Für 2006 geht die Regierung von einem Gesamtdefizit von 8,9 Milliarden Euro aus, legt dabei allerdings eine von vielen Experten als unwahrscheinlich eingeschätzte Wachstumsquote von 2,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zugrunde.

28.9. Sicherheitskräfte beenden die Entführung einer Fähre der Société Nationale Maritime Corse Méditerranée (SNCM) durch 30 Gewerkschaftsmitglieder des Syndicat des travailleurs corses. Die Gewerkschafter hatten das Schiff am Vortag in ihre Gewalt gebracht, um gegen die geplante Privatisierung der SNCM zu protestieren. Das Unternehmen fährt seit Jahren erhebliche jährliche Defizite ein. Die Regierung plant den Verkauf der Fährgesellschaft an den französisch-amerikanischen Investmentfonds Butler Capital Partners, der sei-

nerseits die Entlassung von 400 der 2400 angestellten Seeleute angekündigt hat.

29.9. Während eines Besuchs in Kairo stattet der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy dem Oberhaupt des sunnitischen Islam, Scheich Mohamed Sayed Tantaoui, einen Besuch ab. Unter anderem erläutert Douste-Blazy, der vom Rektor der Großen Pariser Moschee und Vorsitzenden des französischen Rats des muslimischen Kultus (CFCM), Datil Boubakeur, begleitet wird, die französische Antiterrorpolitik.

30.9. Das Berufungsgericht verurteilt den französischen Staat sowie den Nachfolger der ehemals staatlichen Bank Crédit Lyonnais zur Zahlung von 135 Millionen Euro Schadenersatz an den Geschäftsmann und früheren Minister Bernard Tapie. Hintergrund ist der Kauf des Sportartikelherstellers Adidas durch Tapie im Jahr 1990. Vier Jahre später hatte Tapie Adidas an Crédit Lyonnais verkauft, der Adidas umgehend an den Industriellen Robert-Louis Dreyfus veräußerte. Tapie hatte sich übervorteilt gesehen und auf 990 Millionen Euro Schadenersatz geklagt.

Oktober

1.10. Der Generalstab des Corps de réaction rapide (CRR) nimmt in Lille seine Arbeit auf. Diese Schnelle Eingreiftruppe soll von heute 270 Soldaten auf 420 im Jahr 2006 ausgebaut werden und im Krisenfall auf 670 Soldaten aufgestockt werden können. Damit unternimmt Frankreich einen Schritt zurück in die militärischen integrierten Strukturen der NATO, da das CRR der NATO Response Force (NRF) unterstellt sein wird. 50 Prozent der Generale und 25 Prozent der Offiziere des Korps müssen entsprechend den NATO-Regeln für die NRF eine andere Staatsbürgerschaft als die französische haben. Mit der Errichtung des Generalstabs wird Frankreich künftig in der Lage sein, multinationale Einsätze sowohl im NATO-Auftrag als auch im Auftrag der Europäischen Union zu führen.

4.10. Einen Tag nach dem Beschluss des Europäischen Rats, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, spricht sich Staatspräsident Chirac anlässlich des französisch-italienischen Gipfels erneut für eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union aus. Es gehe darum, der EU durch die Errichtung eines „Raums des Friedens, der Demokratie und der Macht“ eine strategische Perspektive zu verschaffen. Das Risiko dürfe nicht übersehen werden, dass die türkische Gesellschaft in einen islamischen Fundamentalismus abgleiten könne, wenn die EU ihr die Türen verschließe. Am Tag zu

vor hatte Valéry Giscard d'Estaing Chirac zum wiederholten Mal vorgeworfen, die französische öffentliche Meinung zu übergehen.

5.10. Das nationale Statistikinstitut INSEE veröffentlicht die zentralen Wirtschaftsdaten für das auslaufende Jahr. Danach wird die Wachstumsquote bei maximal 1,5 Prozent liegen, während sie 2004 noch 2,1 Prozent betragen hatte. Dagegen geht das Institut von einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,7 Prozent bis zum Jahresende aus. Als ein wichtiger Grund dafür werden die staatlichen Förderprogramme unter anderem für gering qualifizierte Jugendliche (Contrats d'accompagnement vers l'emploi) angeführt.

6.10. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, antwortet auf Angriffe des Staatspräsidenten Chirac wegen der Entlassungspläne des amerikanischen Informatikkonzerns Hewlett-Packard (HP). Die Europäer dürften nicht an dem Ast sägen, auf dem sie säßen. Die Politiker in der EU seien dafür verantwortlich, den Bürgern die Kompetenzverteilung in der Union zu erklären. Chirac hatte zwei Tage zuvor gesagt, dass es „nicht normal“ sei, dass sich die Kommission nicht für die sozialen Probleme im Zusammenhang mit den HP-Vorkommissionen interessiere.

6.10. Innenminister Sarkozy trifft in Tripolis mit dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi zusammen. Gegenstand des Gesprächs ist die illegale Einwanderung aus Libyen in die Europäische Union. In Libyen halten sich 1,2 Millionen legale und mehr als 600 000 illegale Einwanderer auf, von denen sich die meisten nur auf der Durchreise nach Europa befinden. Gaddafi, der seit einigen Monaten eine Annäherungspolitik an die EU betreibt, hat wiederholt seine Kooperationsbereitschaft beim Kampf gegen die illegale Migration nach Europa bekundet.

7.10. Nach einer gemeinsamen Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts BVA für die Zeitung „Le Figaro“ und den Fernsehsender LCI würden sich sowohl Premierminister de Villepin als auch Innenminister Sarkozy gegen jeden Kandidaten des Parti socialiste (PS) in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen durchsetzen. Bei einer hypothetischen Auswahl unter allen möglichen Kandidaten würden sich heute 29 Prozent der Befragten für Sarkozy, 22 Prozent für Ségolène Royal (PS) und zwölf Prozent für de Villepin entscheiden.

10.10. Verteidigungsministerin Alliot-Marie spricht sich dafür aus, dass Frankreich sowie die Europäische Union insgesamt ihre „strategische Unabhängigkeit“ bei der für die nationale Sicherheit relevanten Industrie

bewahren müssten. Vor allem die Produktion von Kampfflugzeugen, Raumfahrttechnologie und sicheren Kommunikationssystemen müssten vor außereuropäischen Investitionen geschützt werden. Gegenwärtig importiert die EU 30 Prozent ihrer militärischen Ausrüstung aus den USA, während umgekehrt nur ein Prozent des amerikanischen Materials aus Europa stammt.

10.10. Die Personalkrise an der Spitze des französischen Hotelkonzerns Accor wird durch einen Kompromiss zwischen den Aktionärsbanken und dem Aufsichtsrat beendet. Der bisherige Präsident Jean-Marc Espalioux wird von Gilles Pélisson, dem Präsidenten von Bouygues Télécom, abgelöst. Die Banken, die eine Reform der Führungsstrukturen von Accor gefordert hatten, setzen durch, dass die Hotelgruppe einen Verwaltungsrat erhalten wird, den der Investmentbanker Serge Weinberg leiten soll.

11.10. Der Senat nimmt einen Gesetzentwurf an, der die Verschiebung der Wahlen zu den Gemeinde- und Départementräten (Conseils municipaux beziehungsweise généraux) sowie der Senatswahlen von 2007 auf 2008 vorsieht. Die Mandate aller betroffenen Abgeordneten werden um ein Jahr verlängert. Durch das Gesetz soll verhindert werden, dass es im Jahr 2007, in dem bereits die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen anstehen, zu einer Häufung von Wahlen kommt.

12.10. Jean-Bernard Mérimée, der frühere französische Botschafter bei den Vereinten Nationen (1991–1995), wird im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal um das UN-Hilfsprogramm „Öl für Lebensmittel“ verhaftet. Mérimée wird vorgeworfen, zwischen 1996 und 2003 vom irakischen Regime Kaufoptionen für 4,5 Millionen Fass Erdöl zu Vorzugspreisen erhalten und das Öl anschließend mit 250 000 Dollar Gewinn weiterverkauft zu haben. Außer Mérimée sollen zehn weitere Personen an dem Geschäft mitverdient haben. Zu diesem Kreis zählen auch der bereits im September festgenommene frühere Generalsekretär des französischen Außenministeriums und langjährige Botschafter in Deutschland, Serge Boidevaix, sowie der frühere Innenminister Charles Pasqua.

12.10. Außenhandelsministerin Christine Lagarde wirft dem für Handelsfragen zuständigen Europäischen Kommissar Peter Mandelson vor, bei den Verhandlungen mit Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation WTO über die Absenkung der EU-Agrarzölle „die rote Linie überschritten“ zu haben. Mandelson hatte zuvor seinen Verhandlungspartnern angeboten, die Zölle für 160 besondere Agrarprodukte auf acht Prozent zu begrenzen. Frankreich möchte diesen Prozentsatz auf eine deutlich

kleinere Produktgruppe beschränken. Vertreter französischer Agrarverbände sind der Ansicht, dass das Angebot der Kommission allein in der Rindfleischproduktion zu einem Verlust von 75 000 Arbeitsplätzen führen würde.

12.10. Das Institut national de la santé et de la recherche médicale stellt einen Bericht vor, nach dem sich die Anzahl der fettleibigen Kinder in Frankreich im Verlauf der letzten fünf Jahre verdoppelt hat. Von dieser Entwicklung seien insbesondere die niedrigeren Einkommensschichten betroffen, die stärker als andere von finanziellen und zeitlichen Zwängen betroffen und zudem schlechter über die gesundheitlichen Folgen mangelhafter Ernährung informiert seien.

13.10. Die Krise um die staatliche Fährgesellschaft Société Nationale Maritime Corse Méditerranée (SNMC) wird beigelegt. Nach 24 Streiktagen verzichtet die Unternehmensführung auf Disziplinarmaßnahmen, ein Teil der Streiktage wird den Arbeitnehmern vom Urlaub abgezogen. Die Gesellschaft wird privatisiert, wobei sich die künftigen Eigentümer (der Investmentfonds Butler Capital und das Transportunternehmen Connex) verpflichten, keine Entlassungen vorzunehmen, sondern „freiwillige Vertragsauflösungen“ abzuschließen. Der französische Staat wird 25 Prozent der Unternehmensanteile behalten. Die Mitarbeiter erhalten die Möglichkeit, neun Prozent der Anteile zu Vorzugspreisen zu erwerben.

14.10. Bei einem Besuch in Paris trifft die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice zu Gesprächen mit Staatspräsident Chirac und Außenminister Douste-Blazy zusammen. Unter anderem bekräftigen beide Seiten ihre Ansicht, dass eine mögliche Ausrüstung des Iran mit nuklearwaffenfähigem Material „inakzeptabel“ sei. Die Anrufung des UN-Sicherheitsrats bleibe eine Option für den Fall, dass der Iran die Gespräche mit der Europäischen Union nicht wieder aufnehme. Weitere Themen sind der Irak und die politische Lage im Libanon und in Syrien nach dem Mord an dem früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri.

18.10. In der Auseinandersetzung zwischen Frankreich und der Europäischen Kommission um die EU-Position in den WTO-Verhandlungen über die Liberalisierung des Agrarmarktes ist Paris im Europäischen Rat isoliert. Frankreich hatte ohne Erfolg vorgeschlagen, eine Expertengruppe einzurichten, welche die Verhandlungsführung des für Landwirtschaft zuständigen Europäischen Kommissars Peter Mandelson kontinuierlich überprüfen sollte.

18.10. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA ergibt, dass sich 55 Prozent der Franzosen eine „Regierung der nationalen Einheit“ in Frankreich nach dem Vorbild der neuen Großen Koalition in Deutschland vorstellen können.

18.10. Der Lokalpolitiker und frühere Generaldirektor des Amtes für sozialen Wohnungsbau im Département Hauts-de-Seine, Didier Schuller, wird wegen Korruption zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, von denen drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt werden. Schuller wird für schuldig befunden, zwischen 1988 und 1995 mehrere Bauunternehmen bei der Vergabe von Aufträgen im sozialen Wohnungsbau bevorzugt zu haben. Im Gegenzug hatten die Unternehmen die politischen Aktivitäten Schullers finanziell unterstützt. Der Politiker war zwischen 1995 und 2002 untergetaucht.

18.10. Die ehemalige französische Diplomatin Salomé Zourabichvili, die zugleich über die georgische Staatsbürgerschaft verfügt und im Zuge der georgischen Revolution von 2003 zur Außenministerin des Landes ernannt worden war, wird von Staatspräsident Mikhail Saakachvili entlassen. Zourabichvili hatte sich dafür eingesetzt, die korrumpierten Mitarbeiter des georgischen diplomatischen Dienstes aus der Schewardnadse-Zeit zu ersetzen und war von den Anhängern des alten Regimes stark unter Druck gesetzt worden. Die Entscheidung des reformorientierten Präsidenten wird als Bemühung gewertet, die Stabilität des Landes nicht zu gefährden.

19.10. Zum dritten Mal im laufenden Jahr trifft Staatspräsident Chirac mit dem venezuelanischen Staatschef Hugo Chavez zusammen. Paris und Caracas fühlen sich im Kampf gegen die negativen Folgen der Globalisierung und im Streben nach einer multipolaren Weltordnung verbunden. Premierminister de Villepin begrüßt nach einem Gespräch mit Chavez die Einrichtung des venezuelanischen Ölprogramms „Petrocaribe“, das den karibischen Inseln Öllieferungen aus Venezuela zum Vorzugspreis ermöglicht und das von den USA kritisiert wird. Paris erhofft sich im Gegenzug Unterstützung für den französischen Mineralölkonzern Total, der an einem gewinnträchtigen Vertragsabschluss für ein Ölfeld in Venezuela interessiert ist.

24.10. Die französische Regierung beschließt die teilweise Privatisierung des Energieunternehmens Electricité de France (EDF). Der Staat wird allerdings seine Unternehmensanteile in vollem Umfang behalten. Die Privatisierung soll durch eine Kapitalerhöhung um 15 Prozent bis Ende November realisiert werden. Die Hälfte dieser Anteile wird individuellen Käufern und Angestellten des Unternehmens vorbehalten sein.

24.10. In einem Interview mit „Le Monde“ schlägt Innenminister Sarkozy vor, dass ein Ausländer, der sich legal seit mindestens zehn Jahren in Frankreich aufhält und in einem Arbeitsverhältnis steht, an den Kommunalwahlen teilnehmen kann. Auf diese Weise könne zu einer besseren Integration der Ausländer beigetragen werden.

27.10. Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Hampton Court bei London geht ohne eine Einigung über die künftige wirtschaftspolitische Linie der EU zu Ende. Staatspräsident Chirac setzt sich auf dem Gipfel dafür ein, noch vor 2013 die EU-Hilfen für Forschung und Entwicklung durch Mittel der Europäischen Investitionsbank zu verdoppeln. Weitere Schwerpunkte der EU-Politik in den

nächsten Jahren sieht Chirac in den Bereichen Umwelt und Klimawandel sowie Immigration aus den afrikanischen Ländern. Das Treffen wird überschattet von dem Konflikt zwischen Frankreich und der Europäischen Kommission über die Agrarverhandlungen in der WTO.

27.10. In dem Pariser Vorort Clichy-sous-Bois sterben zwei Jugendliche, die sich nach Angaben eines Dritten auf der Flucht vor der Polizei in einer Transformatorstation verborgen und dabei tödliche Stromschläge erhalten hatten. Der Vorfall löst heftige Krawalle in ganz Frankreich aus, die über mehrere Wochen anhalten und das ungelöste Problem der sozialen Integration junger Arbeitsloser in den französischen Vorstädten erneut in den Mittelpunkt rücken.